

Ute Frevert

Vertrauen und Macht. Deutschland und Russland in der Moderne

Unter den geflügelten Worten der deutschen Sprache rangiert es ganz oben: Lenins Diktum „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“. Jedes Kind kennt es, und die Google-Suchmaschine weist 95.000 Einträge aus. Es ist damit fast so populär und gegenwärtig wie Schiller- und Goethe-Worte, die im Zitatenschatz des deutschen Volkes bekanntlich an vorderster Stelle stehen. Und es wird von 85 % aller Deutschen für richtig gehalten, wie eine repräsentative Allensbach-Umfrage im Juli 2005 klarstellte.

Nun hat die Sache aber einen Haken. Selbst Wikipedia weiß mittlerweile, dass Lenin diesen Satz gar nicht gesagt hat, oder zumindest nicht so, wie er überliefert wurde. Eine nachprüfbare Fassung findet sich in einem Aufsatz von 1914, in dem es heißt: „Nicht aufs Wort glauben, aufs strengste prüfen – das ist die Losung der marxistischen Arbeiter.“¹ Wenn ich richtig informiert bin – und die russischen Gäste hier können es hoffentlich bestätigen -, geht diese Losung auf eine alte russische Redewendung zurück, die auch Lenin häufig gebraucht haben soll: „Dowjerjaj, no prowjerjaj“ - „Vertraue, aber prüfe nach.“²

Zwischen dieser Redewendung und dem anfangs zitierten Diktum liegen Welten. „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“: Wer diesen Satz befolgt, wertet Vertrauen ab und verlässt sich auf das Überlegene - auf Kontrolle. „Vertraue, aber prüfe nach“ hält beides in der Balance, bricht einen Stab sowohl für Vertrauen als auch für Kontrolle. Vertrauen ohne Kontrolle, heißt das, ist zu riskant, aber Kontrolle allein ist gleichfalls mangelhaft.

¹ *Не верить на слово, проверять строжайше - вот лозунг марксистов рабочих.* (Lenin „Об вантюризме“, (1914) [*Nicht aufs Wort glauben, aufs Strengste prüfen - das ist die Losung der marxistischen Arbeiter.* „Über Abenteuerertum“, 1914), in: Werke, Band 20, Berlin, 1971, S. 358.

² Geflügelte Worte, gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, 39. Auflage, Berlin 1993, S. 392.

Wieviel Weisheit steckt in dieser Redewendung! Aufschlussreich ist zudem, dass diese Weisheit offenbar transnational verfügbar ist. Im Deutschen lautet sie „Trau schau wem“ (143.000 Google hits!). Außerdem haben wir das Wort „vertrauensselig“, dessen negativer Klang unüberhörbar ist. Vertrauensselige Menschen gelten als naiv und weltfremd, sie laden dazu ein, betrogen zu werden. Ein bestimmtes Maß an Misstrauen und Vorsicht ist geboten – eben: Trau schau wem. Aber man soll es auch nicht übertreiben. Allzu misstrauische Menschen sind schwer zu genießen, man findet sie anstrengend und unsympathisch.

Diese überlieferten Lebensweisheiten sind in den letzten Jahren theoriefähig geworden. Vor allem die Ökonomie macht sie sich zunutze. Betriebswirtschaftler, die über die Zukunft der Arbeit nachdenken, weisen nach, dass sich Kontrolle auf Mitarbeiter demotivierend und sogar kontraproduktiv auswirkt, während Vertrauen hohe Leistungsbereitschaft generiert.³ Makroökonomien rechnen aus, dass Vertrauen die Transaktionskosten senkt. Soziologen untersuchen Vertrauen als Element kooperativer Handlungssysteme. Und, last but not least, haben Politikwissenschaftler begonnen, der Rolle von Vertrauen für politische Kommunikation nachzugehen.

An ihre Überlegungen möchte ich in meinem Vortrag anknüpfen. Er behandelt das Verhältnis von Vertrauen und Macht in der Moderne. Ich gehe davon aus, dass moderne Gesellschaften dieses Verhältnis anders definieren als vor- oder nichtmoderne. Und ich gehe weiter davon aus, dass dieses neue Verständnis die politische Kultur und ihr Demokratiepotehtial entscheidend beeinflusst.

³ Vgl. das Interview mit Prof. Armin Falk (Univ. Bonn) in der Süddeutschen Zeitung v. 13.5.2005: „Warum ist Vertrauen besser als Kontrolle?“

Aber first things first – was ist gemeint, wenn Macht und Vertrauen zusammengedacht werden? In Max Webers klassischer Definition kommt Macht ohne Vertrauen aus. Macht, heißt es bei ihm, „bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“.⁴ Diese Chance, ergänzt Weber, könne auf „allen denkbaren Qualitäten eines Menschen und allen denkbaren Konstellationen“ beruhen. Macht hat demnach der Straßenräuber, der uns mit vorgehaltener Pistole zwingt, ihm unser Bares auszuhändigen. Macht hat der Ehemann, der seiner Frau das Haushaltsgeld kürzt. Und Macht hat der Polizeichef, der eine politische Demonstration zusammenknüppeln lässt.

In zwei dieser Beispiele beruht Macht auf physischer Gewalt – der eigenmächtigen Gewalt des Straßenräubers oder der delegierten Gewalt des Polizeichefs. Im Fall des geizigen Ehemanns hat sie ökonomische Wurzeln – wer das Geld verdient, entscheidet traditionell darüber, wer und wie es ausgegeben wird. Vertrauen spielt bei alledem keine Rolle.

Gibt es, mögen wir uns fragen, überhaupt soziale Beziehungen, in denen Macht über Vertrauen geregelt wird? Wie steht es mit der Macht der Eltern über ihre Kinder? Zweifellos hat auch sie ein stabiles rechtliches und finanzielles Fundament. Zugleich aber kommt Vertrauen ins Spiel. Stellen wir uns vor, Eltern treffen Entscheidungen, die den Kindern unangenehm sind (Kinoverbot). Das Kind mag lautstark protestieren oder schmollen. Letztlich aber hat es das Vertrauen, dass die elterliche Entscheidung kein Willkürakt ist, sondern sich an seinem Wohl orientiert. Dieses Vertrauen macht es leichter, die Entscheidung wenn nicht gutzuheißen, so doch hinzunehmen. Vertrauen, kann man sagen, legitimiert Macht und hilft, mit ihren negativen Seiten zu leben. Widerstrebende

⁴ Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1956, 4. Aufl., S. 28.

Interessen und Konflikte können in vertrauensbasierten Beziehungen anders verhandelt werden als in solchen, in denen Vertrauen fehlt.

Diese Einsicht ist erstens nicht neu und zweitens nicht auf den Bereich der Familie beschränkt. Meine Forschungen zur Sprache des Vertrauens haben ergeben, dass der Begriff seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einen großen Aufschwung erlebt. Konversationslexika nehmen ihn auf und dokumentieren zugleich die rasche Zunahme von Wortkomposita. Vertrauen wird durchweg positiv und konstruktiv gesehen – und immer weiter ausgedehnt. Hatten frühere Autoren nur Vertrauen zu Gott gelten lassen und vor Vertrauen in Menschen gewarnt, argumentieren aufgeklärte Zeitgenossen sehr viel optimistischer. Vertrauen gerät ihnen zunehmend zu einer unabdingbaren Ressource sozialer Beziehungen – in Familie und Freundschaft ebenso wie in Wirtschaft und Politik.

Wie kommt es zu dieser Aufwertung von Vertrauen? Welche Erfahrungen stecken dahinter, und welche Erwartungen knüpfen sich daran? Auf einer allgemeinen Ebene können wir sagen, dass die Aufwertung von Vertrauen die Auflösung einer ständischen Gesellschaftsordnung spiegelt und begleitet – einer Ordnung, die rechtlich klar kodifiziert und hierarchisch durchgegliedert war. In einer solchen Gesellschaft herrschten relative Sicherheit und Überschaubarkeit: Was Mitglieder eines Standes durften und nicht durften, war verbindlich geregelt. Auch die Beziehung zur Obrigkeit gab keine Rätsel auf. Man schuldete ihr Gehorsam und Treue; umgekehrt war der Herrscher gehalten, die Treue seiner Untertanen mit einer guten Regierung zu vergelten.

Im Jahrhundert der Aufklärung und der Französischen Revolution verloren solche Verhältnisse und Gewissheiten zunehmend ihre Legitimation. Die sich anbahnende bürgerliche Gesellschaft räumte die Schranken weg, die soziale

Stände vordem stabilisiert und voneinander geschieden hatten. Der einzelne Mensch war nun viel stärker auf sich selber verwiesen und seines Glückes eigener Schmied. Das schuf nicht nur Freiheit, sondern auch Ungewissheit. In dieser Situation gewann Vertrauen an Bedeutung. Um sich den Risiken der neuen Welt nicht hilf- und schutzlos aussetzen zu müssen, schien es sinnvoll, soziale Beziehungen auf Vertrauen zu gründen.

Nicht nur auf Vertrauen, selbstverständlich. Auch aufgeklärte Zeitgenossen mit einem positiven Menschenbild sangen nicht das Lob unbegrenzten Vertrauens. Vertrauen paarte sich für sie mit Interesse – und dadurch auch mit Kalkül. Ähnlich wie Vertrauen entwickelte sich „Interesse“ zu einem Zentralbegriff des neuen bürgerlichen Lexikons. Es galt, seit Adam Smith, als mächtigstes Handlungsmotiv des Einzelnen und als „Triebfeder allen Fleißes“ (Justi). Nicht nur Marx bestimmte die „freie Bewegung der Privatinteressen“ als Kennzeichen bürgerlicher Gesellschaften. Ihre Freisetzung war Ziel der liberalen Reformpolitik, die selbst Staaten wie Preußen Anfang des 19. Jahrhunderts betrieben. Einzel- und Gesamtinteresse galten nun nicht mehr als unvereinbar, im Gegenteil.⁵

Des Weiteren ging man davon aus, dass Menschen Interessen teilten, oder, anders formuliert, dass sie einander brauchten, um ihre jeweiligen Privatinteressen realisieren zu können. Die Idee der „Wechselwirkung“ (Schleiermacher) stand Pate bei den zahlreichen Assoziationen, die seit dem späten 18. Jahrhundert in Europa gegründet wurden. Ob im adlig-bürgerlichen Salon, in einer „patriotischen“ oder Lese-Gesellschaft, in einem Sport- oder Gesangverein oder in einer *friendly society* oder *mutualité* – Menschen (meist Männer) schlossen sich zusammen, aus freier Initiative und ohne äußeren

⁵ Vgl. den Artikel „Interesse“ in *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 3.

Zwang, um ihre Interessen zu verfolgen. Nicht zufällig gilt das 19. Jahrhundert als Jahrhundert der Vereine - vor allem, aber nicht nur - in Deutschland.

In der Tat war der Verein - anders als die Korporation - ein formidables Instrument, Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Aber er war auch ein Mittel, Vertrauen zu stiften – und zwar Vertrauen zu Fremden, mit denen man weder verwandtschaftlich noch freundschaftlich verbunden war. Manche Vereine taten sogar noch mehr: sie erzeugten nicht nur Vertrauen, sondern beruhten darauf. Denken wir an die Arbeiterhilfskassen, die ihren Mitgliedern finanzielle Beiträge abverlangten, aus denen sie bei Notlagen (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität) unterstützt wurden. Denken wir an Kreditvereine, deren Solidarität von dem Vertrauen auf Wechselseitigkeit lebte.

Wie gesagt, die nachständische Gesellschaft ist voller solcher Vereine, die soziale Nähe unter Fremden erzeugen und Vertrauen produzieren. Was für städtische Unterschichten eine Frage des baren Überlebens war, stellte sich für Angehörige der Mittelschichten als Weg zu einem besseren Leben dar. Besser nicht nur im Sinn des emphatischen bürgerlichen Humanitäts- und Bildungsgedankens – man denke an Schleiermachers Lob der freien Geselligkeit, in der vernünftige Menschen „sich untereinander bilden“. Besser sollte das Leben durchaus auch in finanzieller Hinsicht werden. Wenn etwa ein Baumwollkaufmann aus Manchester in den 1820er Jahren 36 Stunden pro Woche in allen möglichen philanthropischen Vereinen und Komitees zubrachte, tat er das nicht zuletzt deshalb, um sein großes Projekt – die Gründung einer Feuerversicherung – voranzubringen. Er wusste genau, dass diese Vereinsarbeit notwendig war, um ihn als vertrauenswürdig auszuweisen – nur so konnte er potentielle Partner und Investoren gewinnen.⁶

⁶ Robin Pearson and David Richardson, Business networking in the industrial revolution, *Economic History Review* 54 (2001), 657-679, quotes 676, 674 (Braidley).

Bislang haben wir unsere Beispiele vertrauensbasierter Interaktion ausschließlich aus Deutschland und Westeuropa gewonnen. Wie steht es mit Russland? Russland hat, wenn überhaupt, dann erst sehr viel später als West- und Mitteleuropa so etwas wie eine bürgerliche oder Zivilgesellschaft ausgebildet. Staatliche Reformen zur Freisetzung des „Privatinteresses“, die in Frankreich Ende des 18. und in den meisten deutschen Staaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts stattfanden, ließen im Zarenreich bis in die 1860er und 1870er Jahre auf sich warten. Industrialisierung und Urbanisierung waren auf wenige Metropolen wie Moskau und St. Petersburg beschränkt. Damit fehlten die Bedingungen, die weiter westwärts die verschiedenen Formen zivilgesellschaftlicher Organisation hervorbrachten. Sicher gab es auch in Russland vor 1905 bzw. 1917 Vereine und Assoziationen, in denen Kaufleute ihre Interessen pflegten und geschäftstaugliches Vertrauen aufbauten. Aber rein numerisch halten sie dem Vergleich mit Westeuropa nicht stand – von den vereinzelt Arbeitervereinen ganz zu schweigen. Die große Mehrheit der russischen Bevölkerung lebte Anfang des 20. Jahrhunderts noch auf dem Land, in zahllosen kleinen Dörfern und im Wesentlichen mit Subsistenzwirtschaft befasst.

Nun sprechen aber manche Historiker davon, dass gerade das Land ein spezifisches Solidaritätsmodell hervorbrachte, in dem Vertrauen erzeugt wurde. Das Zauberwort heißt: *krugovaya poruka*, geteilte Haftung oder Verantwortung. Die Dorfgemeinschaft war dem Staat als Ganze dafür verantwortlich, dass Steuern aufgebracht und Rekruten gestellt wurden. Deshalb musste sie daran interessiert sein, dass alle Haushalte sich an diesen Lasten beteiligten. Daraus folgte ein System wechselseitiger Hilfeleistung – *pomochi* genannt -, das die ökonomische Subsistenz stabilisierte. Ähnlich wie in den *friendly societies* oder Arbeiterkassen gingen auch hier Vertrauen und Kontrolle Hand in Hand. Wer die Regeln angemessenen Betragens verletzte – durch eine riskante

Lebensführung, übertriebenen Alkoholkonsum oder Faulheit -, wurde zur Rechenschaft gezogen und negativ sanktioniert. Das System wechselseitiger Hilfeleistung und kollektiver Zuständigkeit produzierte nicht nur Vertrauen, sondern auch Misstrauen. Dowjerjaj, no prowjerjaj – traue schau wem.⁷

Bei genauerem Hinsehen allerdings unterschied sich das russische System doch gravierend von dem, was wir in Deutschland finden. Zum einen war es Teil eines vom Staat gewünschten und geförderten Arrangements, es war von oben institutionalisiert. Im Gegensatz dazu waren die westlichen Vereine vom Staat unabhängig; allenfalls musste er ihre Statuten billigen, weiter reichte sein Einfluss nicht. Zum zweiten war der Beitritt zu den Vereinen freiwillig – das unterschied sie von den Korporationen der vormodernen Welt und auch von den Dorfgemeinschaften Russlands. Aus einem Verein konnte man wieder austreten, aus dem System der *krugovaya poruka* nicht. Damit war dann letztlich auch Vertrauen keine Ressource, die man bewusst schenkte oder entzog. In der russischen Dorfgemeinschaft hatte man schlicht keine Wahl, man gehörte, so oder so, dazu. Vertrauen – als rationales und konditionales Verhalten – war hier genau genommen fehl am Platz.

An dieser Stelle – und Sie haben bestimmt schon darauf gewartet – sollte ich klären, was Vertrauen ist und vor allem, was es nicht ist. Zunächst: Vertrauen ist kein bloßer Affekt, sondern rational grundiert. Es ist damit weit eher eine Gefühlshaltung als eine Emotion. Es basiert auf Erfahrungen und verbindet sich mit Erwartungen. Man kann es erlernen – und dosieren, je nach zeitlichem, sozialem und sachlichem Kontext. Es ist, hieß es 1801, die „feste Erwartung eines Guten von jemandem“, also die Erwartung, dass dieser jemand an meiner

⁷ Geoffrey Hosking, Forms of Social Solidarity in Russia and the Soviet Union, in: Ivana Markova (Hg.), Trust and Democratic Transition in Post-Communist Europe, Oxford 2004, 47-62; Alena Ledeneva, The Genealogy of *Krugovaya Poruka*: Forced Trust as a Feature of Russian Political Culture, in: ebd., 85-108.

„Sicherheit“ und „Wohlfahrt“ interessiert sei.⁸ Diese Erwartung kann immer enttäuscht werden, denn Vertrauen setzt Nichtwissen voraus. Wer weiß, muss nicht vertrauen.

Vertrauen setzt zweitens eine Risikosituation und ein Risikobewusstsein voraus. Ich gehe in Vorleistung in der Erwartung, dass mein Gegenüber diese Leistung honoriert und in meinem Sinne, zu meinem Nutzen handelt. Das tue ich in der Regel nur dann, wenn mir das Gegenüber als vertrauenswürdig erscheint. Hier kommt die Prüfung ins Spiel, von der die russische Redewendung spricht. Bevor ich jemandem Geld leihe, vergewissere ich mich, ob er einen guten Leumund hat. Dadurch versuche ich mein Risiko – das Geld nicht wiederzubekommen – zu minimieren. Allein, hundertprozentige Gewissheit kann es hier nicht geben, und deshalb spricht man von Vertrauen.

Ich habe bislang meine Vortragszeit darauf verwendet, die These aufzustellen und zu belegen, dass die moderne bürgerliche Gesellschaft eine Kultur des Vertrauens entwickelt. Unter den Bedingungen wachsender Individualisierung und riskanter Entscheidungen trägt diese Kultur, so das Argument, dazu bei, kooperative Beziehungen zu stiften und Unsicherheit zu verringern bzw. lebbar zu gestalten. Die Frage, die ich in der mir verbleibenden Zeit stellen möchte, bezieht sich auf die politischen Folgen und Folgerungen. Lässt sich eine Kultur des Vertrauens auch in der politischen Sphäre entdecken, und was bedeutet das für die Ausübung und Legitimation politischer Macht?

Fangen wir diesmal in Russland an, und zwar in unserer/Ihrer Gegenwart. Soziologen, die den Transformationsprozess postsozialistischer Gesellschaften untersuchen, haben hier einen eklatanten Mangel an Vertrauen festgestellt. Genauer – einen Mangel an Institutionenvertrauen. Die Bürger Polens,

⁸ Johann Christoph Adelung: Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart, Bd. 4., Leipzig 1801, Sp. 1162.

Tschechiens oder Russlands, heißt es immer wieder, hegen kein Vertrauen zu formalen Institutionen und ihren Repräsentanten, seien es Polizei, Banken, Gerichte oder öffentliche Verwaltung. Sie haben nicht den Eindruck, um in der Sprache des 18. Jahrhunderts zu sprechen, dass ihre Interessen bei diesen Institutionen gut aufgehoben sind, dass letztere für ihre Wohlfahrt und Sicherheit sorgen. Auch politische Institutionen – wie die Duma oder Parteien – erzeugen kein Vertrauen. Eine repräsentative Befragung von 2400 russischen Bürgern im Jahre 2003 ergab überaus geringe Vertrauenswerte für Parteien, Parlament, Regionalbehörden, Staatsanwaltschaft und Rechtsprechung.⁹

Auffällig dagegen war die hohe Vertrauenswürdigkeit des Präsidenten (damals wie heute Vladimir Putin). 54 % aller Befragten brachten ihm großes Vertrauen entgegen, nur 6 % wenig oder gar keins. Interessant ist hier der Vergleich zu den USA – einem Land, in dem der Präsident ähnlich große Vollmachten genießt. Im Juni 2000 – damals hieß der Präsident noch Bill Clinton – waren nur 31 % aller amerikanischen Bürger bereit, ihm volles Vertrauen zu schenken, 33 % schenkten sehr wenig oder gar keins. Noch aufschlussreicher sind die Kontrastwerte für das Parlament. Während nur 10 % der russischen Befragten der Duma großes Vertrauen entgegenbrachten und 32 % gar kein Vertrauen hatten, stand der amerikanische Kongress bei 31 % der Bürger in hohem Vertrauen; der Anteil der negativ Antwortenden lag hier bei 23 %.¹⁰

Wie lassen sich diese Werte interpretieren? Meines Erachtens spiegeln sie die Erfahrungen der Bürger mit und ihre Erwartungen an Demokratie. Wer seinen politischen Repräsentanten – dem Parlament – nicht oder nur in Maßen vertraut, hegt keine positiven Erwartungen an demokratische Politik. Wer sein Vertrauen dagegen ausschließlich oder überwiegend in den Präsidenten setzt, gibt seine

⁹ Yuri Levada, The Problem of Trust in Russian Public Opinion, in Markova (Hg.), Trust and democratic transition, 157-171, hier 161.

¹⁰ Ebd., 159.

Vorliebe für starke und mächtige Führer zu erkennen. Umgekehrt ist eine hohe Zustimmungsrate zum Parlament – wie im amerikanischen Fall – ein Zeichen für die erfolgreiche Rückbindung der Abgeordneten an ihre Wähler. Repräsentative Demokratie basiert auf exakt jenem Vertrauensverhältnis – dem Vertrauen, das die Bürger in ihre gewählten Vertreter setzen.

Dafür hat der britische Philosoph John Locke bereits 1689 den entsprechenden Begriff geprägt: *government by trust*, Regierung durch Vertrauen. Vertrauen war für Locke zweistufig: Primär und am wichtigsten war das Vertrauen zwischen Volk und Parlament, sekundär das Vertrauen zwischen Volk und Regierung/Monarch. Lockes Idee fußte auf den Erfahrungen des britischen Systems, das sich durch frühe Parlamentarisierung und ein relativ geringes Maß königlicher Macht auszeichnete. Darüber hinaus sah es eine große Nähe zwischen Repräsentierten und Repräsentanten vor. Aufgrund des exklusiven Wahlrechts stammten die Gewählten im Großen und Ganzen aus der gleichen sozialen Schicht wie ihre Wähler. Man kannte sich persönlich, verkehrte in den gleichen Kreisen, teilte Werte und Interessen. Unter diesen Umständen konnte sich politisches Vertrauen problemlos einstellen.

Aus kontinentaleuropäischer Sicht war dies undenkbar. Vertrauen war hier bis ins 19. Jahrhundert hinein kein Begriff des politischen Lexikons. Stattdessen sprach man von Treue. Treue schuldete und gelobte der Untertan – von Bürgern war ebenfalls noch nicht die Rede – seinem Landesherrn, der mehr oder weniger autokratisch und absolutistisch regierte. Diese Treue war bedingungslos, absolut und alternativlos. Sie wurde lebenslang geschworen und durfte nicht gebrochen werden. Sie wurde nicht erlernt, sondern statuiert. Sie verpflichtete den Untertan, nicht aber die Obrigkeit. Zwar versprach letztere ein gutes Regiment, doch gab es keine Möglichkeit, dies einzufordern und nachzuhalten.

Rechenschaft, beharrte noch 1840 der preußische König, schulde er nur Gott allein, nicht dem Volk und seinen Ständen.

Erst seit dem Ende des Ancien Régime – das in Frankreich früher kam als in Deutschland, und in den kleineren süddeutschen Staaten früher als in Preußen oder Österreich – erst mit dem Ende des Ancien Régime spielten der Vertrauensbegriff und sein demokratisierendes Potential eine größere und aktivere Rolle. Zwar blieb Vertrauen eingebunden in das Wortfeld von Treue, Liebe und Verehrung und bezeichnete damit die traditionelle Haltung des Untertanen gegenüber der monarchischen Obrigkeit. Doch löste es sich zunehmend von den passiven Konnotationen einer solchen Einstellung. Die neue politische Semantik des Vertrauens trat fordernd und konditional auf, sie drohte mit Entzug und beharrte auf Freiwilligkeit, Transparenz und Wechselseitigkeit.

Das bildete sich zum einen in der Kommunikation zwischen Parlament und Monarch ab. Volksvertreter verlangten Beweise fürstlicher Vertrauenswürdigkeit und erwarteten, dass umgekehrt auch der Fürst dem Volk vertrauen möge und Macht abgab. „Vertrauen erweckt wieder Vertrauen“: Unter dieser Losung kämpften sächsische Bürger in den 1830er Jahren für eine konstitutionelle Ordnung. In der preußischen Nationalversammlung prägte ein demokratischer Abgeordneter 1848 den Begriff des „Vertrauensstaates“ – eines Staates, der seinen Bürgern vertraute und seinerseits ihr Vertrauen genoss.

1848 schien ein solcher Staat in greifbare Nähe gerückt. Doch die Revolution scheiterte, und es dauerte in Deutschland weitere 70 Jahre, bis ein *government of trust* in Form einer parlamentarischen Demokratie aus der Taufe gehoben wurde. Inzwischen hatte sich das soziale Fundament einer solchen Regierung – gemessen an John Lockes Erfahrung - gewaltig verändert. Das Wahlrecht war bereits im 19. Jahrhundert sukzessive ausgedehnt worden und schloss 1918 alle

erwachsenen Männer und Frauen ein. Sie stimmten nach Parteipräferenzen ab, und die Parteien repräsentierten ein breites Spektrum von Meinungen und Interessen. Daraus eine mehrheitsfähige Regierungspolitik zu destillieren, war (und ist) nicht einfach. Koalitionen, die in Mehrparteiensystemen unvermeidlich sind, erfordern Kompromisse. Kompromisse müssen den Wählern erklärt und begründet werden. Medien spielen dabei eine immer größere Rolle.

Demokratie, heißt das, muss gelernt werden, und der Lernprozess ist oft schmerzlich und voller Enttäuschungen. Parteien müssen ihn ebenso durchlaufen wie jeder einzelne Bürger und Bürgerin. Im Deutschland der Weimarer Republik fand dieser Lernprozess nicht statt bzw. nahm ein tödliches Ende. Weder Parteien noch Bürger brachten Zeit und Geduld zum Lernen auf, und das ökonomische und politisch-psychologische Umfeld war nicht geeignet, ihre Bereitschaft zu erhöhen. Hätte man damals Meinungsumfragen angestellt – das kam in Europa erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Mode –, wären vermutlich sehr geringe Vertrauenswerte für Parlament und Parteien gemessen worden. Umso höhere Werte hätte der Reichspräsident erzielt.

Worauf stütze ich diese Vermutung? Ich lese seit einiger Zeit die Korrespondenz zwischen Bürgern und Staatsoberhaupt aus der Zeit vor 1945. Nun ist längst nicht jeder Brief, den Friedrich Ebert, Paul von Hindenburg oder Adolf Hitler bekommen haben, überliefert. Aber das Sample ist groß genug, um daraus Aufschlüsse über die Gefühlshaltung der Absender zu gewinnen. Bemerkenswert ist, dass diese Absender allen Altersgruppen, Geschlechtern, Religionsgemeinschaften und Berufen angehörten. Auch die politischen Zugehörigkeiten sind breit gestreut – keinesfalls bekam Hindenburg nur Post von Deutschnationalen und Ebert nur Briefe von Sozialdemokraten. Der persönliche Brief scheint ein bevorzugtes Medium der Kommunikation zwischen Bürgern und Staatsoberhaupt gewesen zu sein. Dabei ging es weniger

um konkrete persönliche Bitten oder gar materielle Anliegen; viel wichtiger war das Moment der Mit-Teilung. Man teilte dem Reichspräsidenten – später dem Führer – seine Besorgnisse und Befürchtungen mit, seine Hoffnungen und Wünsche. Und man betonte sein Vertrauen, dass das Staatsoberhaupt alles zum Guten und Richtigen für das Volk wenden würde. Man sparte nicht mit Kritik – an Parteiführern, Kirchenoberen, an Funktionären der Interessenverbände. Und man äußerte sein Vertrauen darauf, dass der Präsident diese Kritik weitergeben und Missständen abhelfen würde.

Hier war die Sehnsucht nach dem starken Führer deutlich erkennbar, aber auch der Wunsch nach Einheit. Gegenüber der als egoistisch und partikularistisch abgestraften „Partei- und Interessenpolitik“ galt der Reichspräsident vielen als „Symbol der Einheit des Deutschen Volkes“. Er allein, hieß es immer wieder, sei in der Lage, „über die Parteien hinweg die Interessen des Staates zu vertreten“. Deshalb wandten sich Bürger mit „Verehrung“, „Liebe“, „tiefster Anhänglichkeit“ und eben Vertrauen an ihn. Sie habe, schrieb Annie Gerhard, Frau eines unteren Reichsbahnbeamten, 1932 an Hindenburg, „das felsenfeste Vertrauen zu Ihnen, daß Sie mit Gottes Hilfe jetzt alles zum Guten führen werden, ganz so, wie Sie es im Kriege verstanden, überall den rechten Weg zu finden.“ Andere drückten sich in Reimen aus: „Wir deutsche Fraun vertrauten dir / als einst Du riefst zum Hauptquartier. / Wir sandten unsre Besten / Nach Osten, Süd und Westen. / Auch jetzt wir gläubig auf Dich schaun / Auch jetzt wir innig dir vertraun / Bleib Du als Landesvater / Uns Helfer und Berater.“ Viele Briefschreiber verliehen ihrer Sehnsucht nach „großen Männern“ Ausdruck, Männern wie Friedrich der Große, Bismarck oder Mussolini, Machtmenschen, die mit beinahe unbegrenzten Vollmachten ausgestattet waren und vorgeblich eine „Diktatur des Idealismus“ errichteten.

Diese verbreitete Sehnsucht nach dem Einen und Einigenden hinderte die Bürger allerdings nicht daran, sich auf das pluralistische politische Alltagsgeschäft einzulassen. Die Beteiligung an Reichstagswahlen war in den 1920er und frühen 1930er Jahren sehr hoch (sie lag zwischen 75 % 1928 und 83 % 1932). Anfangs konnten Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Reichsverfassung standen, satte Mehrheiten erreichen. Erst seit 1930 gaben immer mehr Menschen ihre Stimme jenen Parteien, die die parlamentarische Demokratie abschaffen wollten – KPD und NSDAP zusammen steigerten ihre Anteile von 13 % (1928) auf über 50 % 1932.¹¹

Wir wissen, wohin dieser Weg geführt hat. Die Jahre 1933 bis 1945 sind in Deutschland Jahre blinden Vertrauens gewesen. Der „Führer“ konnte sich vor Vertrauensbezeugungen seiner Volksgenossen kaum retten, bis zum Ende nicht. Wider alle Evidenz hofften alle auf den „Endsieg“ von Führers Gnaden. Erstaunlich schnell ging man dann nach 1945 auf Abstand. In beiden deutschen Staaten, so unterschiedlich sie auch gewesen sind, hat es nie wieder auch nur einen Anflug von Führerkult gegeben. Selbst Adenauer, dessen Regierungsstil man nicht zu Unrecht als „Kanzlerdemokratie“ kritisiert hat, war weit davon entfernt, sich als Führerfigur zu zelebrieren, von den Präsidenten ganz zu schweigen. Bis heute hat der Begriff „Führer“ in Deutschland einen schlechten Klang, und die Bereitschaft, einzelne Politiker als Leitfiguren anzuerkennen und mit einem Vertrauensbonus auszustatten, ist überaus begrenzt. Zwar schreiben Bürger nach wie vor Briefe und E-Mails an Kanzler und Präsidenten. Die in der ersten Republik geäußerten Sehnsüchte und Erwartungen aber sind in der zweiten Republik deutlich abgeflacht. Parallel dazu stiegen die Vertrauenswerte für Institutionen – für die Polizei, fürs Bundesverfassungsgericht, aber auch für das Parlament als zentraler Einrichtung der Demokratie.

¹¹ Juli 1932: KPD 14,2 %, NSDAP 37,2 %.

Auch in der DDR gab es keine Renaissance des Führerkults, obwohl die Macht Ulbrichts oder Honeckers zweifellos größer war als die westdeutscher Bundeskanzler. Stattdessen bemühte man sich, Vertrauen in den sozialistischen Staat und seine Institutionen zu schaffen – durch soziale Leistungen, aber auch durch Propaganda und flächendeckende Mobilisierung. Letztere sollte Partizipation und Zustimmung signalisieren, denn Macht wollte sich auch hier auf Vertrauen stützen und nicht nur auf russische Panzer. Zugleich rief sie zu Misstrauen und Wachsamkeit gegenüber dem Klassenfeind auf, dem inneren und äußeren. Dazu diente ein Spitzel- und Repressionsapparat, der in der DDR gigantische Ausmaße annahm. Er spiegelte die wachsende Unsicherheit des Regimes und das abgrundtiefe Misstrauen, das es den eigenen Bürgern entgegenbrachte. Mit unnachahmlichem Sarkasmus hat Bertolt Brecht dies 1953 in seinen Buckower Elegien kommentiert:

„Nach dem Aufstand des 17. Juni / Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
/ In der Stalinallee Flugblätter verteilen / Auf denen zu lesen war, daß das Volk /
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe / Und es nur durch verdoppelte
Arbeit / Zurückerobern könne. Wäre es da / Nicht doch einfacher, die Regierung
/ Löste das Volk auf und / Wählte ein anderes?“¹²

Wir sehen, wie Brecht hier die Semantik des parlamentarischen *government of trust* aufnahm und kritisch gegen die DDR kehrte – einen Staat, in dem er aus freiem Willen lebte. Ob er 1953 noch Vertrauen in ihn setzte, ist fraglich. Seine Gedichte zeigen zunehmende Distanz – anders als die seines Kollegen Johannes R. Becher. Becher verfasste 1953, unmittelbar nach Stalins Tod, eine vielstrophige „Danksagung“ an Deutschlands „besten Freund“, in der er Stalin als Gott und heldischer Lichtgestalt ein Denkmal setzte. Dieses Gedicht brauchte den Vergleich mit sowjetischer Panegyrik nicht zu scheuen – es war

¹² Bertolt Brecht, Die Lösung, in: ders., Gesammelte Werke, Bd. 10, Frankfurt 1982, S. 1009 f.

ebenso pathetisch wie literarisch schlicht (und schlecht). Es schrieb den Personenkult fort, der seit den 1930er Jahren um Stalin getrieben wurde – zunächst nur in der Sowjetunion, nach 1945 im gesamten Ostblock, vor allem in der DDR.¹³

Über diesen Personenkult ist viel geforscht worden, und wir wissen über seine Inszenierung „von oben“ ebenso Bescheid wie über Wahrnehmungen und Reaktionen „von unten“. Stalin hat sich, anders als Lenin, bereits zu Lebzeiten als Führer verehren lassen. Dabei griff er gezielt auf Loyalitätsstrukturen und Mentalitäten zurück, wie sie sich unter dem Zarenregime eingespielt hatten. Ähnlich wie Menschen des 19. Jahrhunderts den Mythos vom „Väterchen Zar“ gepflegt hatten, hingen sie vor, während und nach dem Großen Vaterländischen Krieg der Vorstellung vom „Väterchen Stalin“ an. Dieses Väterchen kümmerte sich um alles, wusste alles, war unverwundbar und unfehlbar. Kritik richtete sich niemals gegen ihn, sondern immer nur gegen örtliche Funktionäre und Saboteure.¹⁴

Dieses überdimensionale Vertrauen, das in den Führer investiert wurde, mag auf den ersten Blick verwundern. Immerhin kontrastiert es dramatisch mit den vielfachen Bezeugungen des Misstrauens und der Angst, die die sowjetische Gesellschaft spätestens seit den Großen Säuberungen in Schach hielten. Die ewige Ausschau nach inneren Feinden und die Leichtigkeit, mit der sich Freunde in Feinde umetikettieren ließen, hatten die Sowjetunion der 30er Jahre in ein Land permanenter Verdächtigung und willkürlicher Verfolgung verwandelt. Selbst private Vertrauensbeziehungen hielten dem Druck oft nicht

¹³ Klaus Heller/Jan Pamper (Hg.), *Personality Cults in Stalinism – Personenkulte im Stalinismus*, Göttingen 2004.

¹⁴ Margareta Mommsen, *Hilf mir, mein Recht zu finden: Russische Bittschriften von Iwan dem Schrecklichen bis Gorbatschow*, Frankfurt 1987; Sheila Fitzpatrick, *Tear off the Masks! Identity and Imposture in Twentieth-Century Russia*, Princeton 2005, Kap. 9 (“Suplicants and Citizens”), v.a. S. 166 f.

stand.¹⁵ Dass gerade in einer solchen Situation gesellschaftlicher Desintegration das Vertrauen in einen sakrosankten Führer stark und stärker wurde, kann man als kompensatorische Strategie interpretieren, als Suche nach einem festen Halt und als Rückgriff auf vertraute Muster sozialer und politischer Bindung. So wie der Zar der bäuerlichen Bevölkerung Russlands als Vater und Führer (auch und vor allem gegen den Adel) erschienen war¹⁶, galt auch Stalin als Vater aller seiner Kinder, selbst wenn die Geschwister einander nicht mehr über den Weg trauten.

Die Kriegssituation seit 1941 trug das ihre dazu bei, Stalin als Retter des Vaterlandes in eine einzigartige Vertrauensposition zu katapultieren – eine Position, die er bis weit nach seinem Tod inne hatte. Seine Nachfolger haben ihn darin nie ganz beerben können. Andererseits haben sie auch nichts dafür getan, Strukturen zu schaffen, die horizontales oder vertikales Vertrauen ermöglichen (horizontal: Vertrauen der Bürger untereinander, z.B. in Form zivilgesellschaftlicher Organisationen; vertikal: Vertrauen der Bürger in ihre politischen Institutionen). Unter Putin hat sich das nicht geändert, im Gegenteil. Politikwissenschaftler sprechen von „Superpräsidialismus“ und „autoritärer Präsidialherrschaft“, der Präsident selber beschreibt Russlands Regierungssystem als „präsidientielle Republik“.¹⁷ Die hohen Vertrauenswerte, die er regelmäßig einwirbt, bilden diese Struktur deutlich ab.

Was folgt daraus für unsere Ausgangsfrage nach dem Verhältnis von Vertrauen und Macht? Ich fasse zusammen – in fünf Punkten:

¹⁵ Fitzpatrick, *Tear off*, S. 171 f. Beispiele in Geoffrey Hosking, *Rulers and Victims: The Russians in the Soviet Union*, Cambridge 2006, S. 133 ff.

¹⁶ Daniel Field, *Rebels in the Name of the Tsar*, Boston 1976.

¹⁷ Margareta Mommsen, *Wer herrscht in Rußland? Der Kreml und die Schatten der Macht*, 2. Aufl. München 2004, S. 227-230.

1. In Deutschland ebenso wie in Russland und in allen Regimen der Moderne legen die politisch Mächtigen wert darauf, sich als „Vertrauenspartner“ der Bürger zu präsentieren. Macht buhlt um Vertrauen. Macht ohne Vertrauen hat einen *haut gout*.
2. Die Vertrauenswerbung löst die Semantik der Treue ab, die das Verhältnis zwischen Untertan und Obrigkeit vordem bestimmt hat. Im Unterschied zu Treue ist Vertrauen dynamisch und konditional. Es wird geschenkt und entzogen, es wächst und nimmt ab. Damit reflektiert es das neue Selbstbewusstsein, mit dem der Bürger – anders als der Untertan – sich auf das politische Parkett begibt.
3. Politisches Vertrauen – Vertrauen zu politischen Machträgern – entwickelt sich historisch in mehreren Stufen: Sowohl in Deutschland als auch in Russland bleibt der Monarch – solange es ihn gibt – primärer Adressat des Vertrauens. Auch nach den Revolutionen von 1917 bzw. 1918 genießt das jeweilige Staatsoberhaupt ein besonderes Vertrauensprivileg. Hindenburg und Hitler in Deutschland, Stalin in der Sowjetunion gerieren sich als Vertrauenspersonen ersten Ranges und werden von den Bürgern als solche akzeptiert. Während der Führerkult in Deutschland 1945 jedoch abrupt abbricht, setzt er sich in der Sowjetunion fort. Zugleich gewinnen demokratische Institutionen wie das Parlament und politische Parteien in Westdeutschland an Zustimmung und Legitimität. Das Vertrauen in Institutionen, anders formuliert, wächst. Wir können dies als einen allmählichen Lernprozess beschreiben – langwierig, schwierig und stets gefährdet.
4. Russland hat diesen Prozess noch vor sich, und es ist ungewiss, ob und wie er verlaufen wird. Die starke autokratische Tradition und die Abwesenheit bzw. Schwäche zivilgesellschaftlicher Organisationen bieten keine optimalen Voraussetzungen. Wenn es stimmt, dass horizontales Vertrauen (der Bürger ineinander) eine notwendige Bedingung ist für

vertikales Vertrauen (der Bürger in Machttträger und Institutionen), dann ist das Demokratiepotential in Russland schwach.

Andererseits zeigt uns die Geschichte der Weimarer Republik, dass ein hoher Grad freiwilliger sozialer und politischer Partizipation (in Vereinen und Parteien) noch keine Gewähr bietet für Demokratievertrauen – er ist notwendig, aber nicht hinreichend. Hinzukommen muss ein bewusstes, emotional grundiertes Bekenntnis zu den Formen und Einrichtungen demokratischer Politik. Ich vermute, dass dieses Bekenntnis in Ländern mit einer langen bürgerlich-revolutionären Vergangenheit (England, USA, Frankreich) leichter zu evozieren ist. Länder ohne diese Tradition haben es schwerer, aber auch für sie ist die Lage nicht aussichtslos - wie man an Deutschland sieht.¹⁸

¹⁸ Hinweis auf Forschungen zu den “demokratischen“ Bestandteilen der Revolutionen von 1905 und 1917 in Russland als Anknüpfungspunkt für ein solches „affektives Plebiszit“?